

PROTOKOLL

Sitzung des Beirats Östliche Vorstadt (digital) 13.07.2021 Feuerrettung & Mobilitätskonzept Klinikum Bremen Mitte

Anwesend

vom Beirat	Partei		Ortsamt Mitte/Östliche Vorstadt
Steffen Eilers	GRÜNE		Hellena Harttung (Ortsamtsleitung)
Irmgard Lindenthal			Manuela Jagemann (Protokoll)
Sona Terlohr			Armin Willkomm (Protokoll)
Alexandra Werwath			Müjgan Metin
Harald Klussmeier			
Anke Kozlowski	SPD		Gäste
Janne Herzog			Herr Eickmann (SKUMS)
Rainer Ballnus			Frau Skerra (SKUMS)
Annika Port	LINKE		Frau Koopmann (SKUMS)
Helmut Kersting			Frau Zernikow (WFB)
Menz, Birgit			Herr Warneke (Feuerwehr)
Peter Kadach	CDU		Herr Giessmann (BSAG)
Klaus-Peter Jonitz			Herr Lammers (Architektenkammer)
Stefan Schafheitlin-Derstadt	LIV		Herr Kommer (GEG)
			Herr Vinke (GeNo)
			Herr Kaiser (Bürgerantrag)
			Frau Lessin (Baugemeinschaft KARL)
			Herr Wolter (Baugemeinschaft Karl)
			Herr Konstantinov (Baugemein. KARL)

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 22:20 Uhr

Tagesordnung:

1. **Genehmigung der Tagesordnung**
2. **Neues Mobilitätskonzeptes des Klinikums Bremen Mitte (KBM)**
3. **Sicherstellung des 2. Rettungsweges für die Feuerwehr – Zielkonflikt mit Innenentwicklung**
4. **Fragen, Wünsche und Anregungen aus dem Stadtteil**
5. **Verschiedenes**
 - a) **Verkauf eines Grundstücks an die Baugruppe ‚KARL– Solidarisch Bauen und Wohnen‘**
 - b) **Beschlussfassung zur Erweiterung der Sonderlinie 11 (ÖLF) in das Viertel**

Frau Harttung führt in das Thema des Abends ein. Zum einen wird dem Beirat heute das neue Mobilitätskonzept des Klinikums Bremen Mitte vorgestellt. Der zweite Tagesordnungspunkt beschäftigt sich mit der Problematik der Feuerrettung aus alten Gebäuden an Straßen mit Hochspannungsleitungen der BSAG. Danach wird der Beirat zum Verkauf eines Grundstücks auf dem Neuen Hulsberg Gelände an eine Baugemeinschaft beteiligt. Frau Harttung begrüßt die dazu erschienenen Gäste und eröffnet die Sitzung.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Wählergemeinschaft Leben im Viertel (LIV) stellt einen Antrag auf Änderung der Tagesordnung: TOP 4 (Fragen, Wünsche und Anregungen aus dem Stadtteil) soll als TOP 1 mit zeitlicher Begrenzung auf 45 Minuten behandelt werden. Begründung: Die Situation im Viertel soll dem Beirat geschildert werden.

Der Beiratssprecher Herr Eilers besteht aus Respekt vor den Gästen auf der Einhaltung der Tagesordnung.

TOP 2: Das neue Mobilitätskonzept des Klinikums Bremen Mitte

Herr Vinke arbeitet bei Gesundheit Nord (GeNo) als Geschäftsstellenleiter Technik und ist damit für die Entwicklung eines Mobilitätskonzeptes für das Klinikum zuständig. Bisher wurde ein

PROTOKOLL

Mitarbeiterparkplatz mit 110 Plätzen eingerichtet. Nach dem Abriss der Kinderklinik solle die Zahl der Parkplätze noch erweitert werden. Hierbei handele es sich um Parkplätze für Mitarbeiter:innen, die durch die GeNo subventioniert würden, um günstiges Parken zu ermöglichen. Der Parkplatz würde gut angenommen, es seien bereits insgesamt 800 Parkkarten ausgegeben worden. Weiterhin gebe es einen abschließbaren Fahrradstellplatz mit 150 Plätzen. Zusätzlich werde bis Ende Oktober noch ein überdachter Fahrradstellplatz mit ebenfalls 150 Plätzen eingerichtet. Für die Mitarbeiter der Klinik gebe es das Angebot Job-Räder zu leasen, die ggf. nach drei Jahren erworben werden könnten. Das Ziel sei eine Verminderung des CO₂-Abdrucks des Klinikums. Man habe daher eine CO₂-Analyse beauftragt. Zur Erfassung des Mobilitätsverhaltens der Beschäftigten sei eine Online-Befragung vorgesehen, zunächst bei den Klinikmitarbeiter:innen und in einem weiteren Schritt auch bei Patient:innen und Besucher:innen. Dabei solle das Mobilitätsverhalten per Fragebogen (12 Fragen) erfasst werden. Man wolle Patient:innen und Besucher:innen gezielte Angebote machen können. Aktuell werde mit der bsag zur Ausweitung des ÖPNV verhandelt. Gewünscht sei die Erhöhung der Busfrequenzen, die Einrichtung einer neuen Bushaltestelle Am Schwarzen Meer sowie die Einrichtung einer Busverbindung über das Klinikgelände. Für Mitarbeitende arbeite man an maßgeschneiderten Angeboten, wie z.B. Car-Sharing, Pendelbusse aus dem Umland oder einer Mobilitäts-App. Da die Konzepte später auch auf andere Klinik-Standorte übernommen werden sollen, gelte das Mobilitätskonzept des KBM auch als Leuchtturmprojekt.

Fragen / Anmerkungen

Frau Kozlowski vom Beirat bemängelt die unübersichtliche Eingangssituation auf dem Gelände, die durch eine schwer nachvollziehbare Beschilderung noch verstärkt werde. Zudem würde vielfach wild in den Grünbereichen geparkt. Auch sei die Beleuchtung auf den Parkplätzen nicht ausreichend.

Antwort: Die Beschilderung werde angepasst. Das liege z.T. in der Zuständigkeit des Amtes für Straßen und Verkehr (ASV). Alles was den Parkplatz angehe, müsse mit der Grundstücksentwicklung Neues Hulsberg GmbH (GEG) abgestimmt werden.

Herr Kadach vom Beirat fragt, warum das Hauptaugenmerk auf Mitarbeiter:innen, liege, Besucher:innen und Patient:innen bisher aber nicht berücksichtigt worden wären.

Antwort: Aufgrund der Corona-Pandemie und den damit zusammenhängenden veränderten Besucherströmen, habe man die Befragung verschoben, bis sich die Situation normalisiert habe.

Herr Ballnus vom Beirat möchte wissen, warum die Parkplätze für Mitarbeiter:innen als auch der für Besucher:innen und Patient:innen nur so gering ausgelastet seien? Weiterhin kritisiert er die Parkplatzsituation vor dem Ärztehaus. Es werde über die Fußwege gefahren und wild geparkt. Dieses müsse dringend geahndet werden.

Antwort: Die Parkplätze würden von der BrePark bewirtschaftet. Entsprechend habe die GeNo auf die Bewirtschaftung keinen Einfluss. Auch das Grundstück, auf dem das Ärztehaus stehe, gehöre nicht der GeNo, sondern sei privat bewirtschaftet. Entsprechend habe man auch hier keinen Einfluss auf die Falschfahrenden und Wild-Parker:innen und könne somit auch nicht abschleppen lassen. Es werde versucht, die Feuerwehrezufahrten freizuhalten und es sollten auch Schranken installiert werden.

Herr Kommer von der GEG ergänzt, dass der BrePark-Parkplatz nur durch Querung von privatem Grund erreicht werden könne, Beleuchtung sei nur Am Schwarzen Meer möglich. Es sei geplant, den Parkplatz noch zu erweitern. Das Ärztehaus sei im Besitz des Firmenverbundes Vier Quartier GmbH.

Herr Glotz-Richter vom Verkehrsressort der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) bestätigt, dass das Ordnungsamt nicht zuständig sei auf privatem Grund.

Der Beiratssprecher Herr Eilers erklärt, die Förderung des Radverkehrs müsse im Fokus [Anm.: eines Mobilitätskonzeptes] stehen.

Herr Kersting vom Beirat findet das Mobilitätskonzept gut und hofft auf Anreize für die Mitarbeiter:innen, den ÖPNV zu nutzen.

PROTOKOLL

Eine Bürgerin erkundigt sich, ob man dem Ärztehaus den Nachweis zur Herstellung von Stellplätzen erlassen habe? Weiter möchte sie wissen, ob die zur Verfügung stehenden Parkplätze an Mieter vergeben seien und warum es keine Tiefgarage gebe?

Antwort: Frau Skerra von der Stadtplanung(SKUMS) erläutert, dass es sich bei den Außenanlagen am Ärztehaus vorerst um ein Provisorium handele. Langfristig würden im noch zu bauenden Klinik-Parkhaus weitere Stellplätze realisiert.

Herr Kadach erwidert darauf, noch würden das Parkhaus bzw. auch die Quartiersgaragen fehlen.

Herr Vinke fährt fort, die Besucherparkplätze seien zwar nicht gut ausgelastet, die Mitarbeiterparkplätze aber voll. Weitere Fahrradstellplätze sollten über das künftige Parkhaus realisiert werden. Auch seien eine Werkstatt und E-Stellplätze geplant. Weiterhin sei eine App für Fahrgemeinschaften gedacht. Der Haupteingang liege 500 m vom Eingang entfernt. Dies sei ungünstig, aber nicht unüblich.

Herr Kommer erklärt das Stellplatzangebot für das KBM: Es seien im Parkhaus 750 Stellplätze für das KBM kalkuliert, für das Ärztehaus 50 und für Kurzzeitparker:innen 150. Insgesamt seien bis zu 940 Stellplätze geplant, wobei die Einzelheiten (wie und wo) noch unklar seien.

Eine Bürgerin vertritt die Meinung, dass für ein Parkhaus und Quartiersgaragen kein Geld im Haushalt vorhanden sei. Das wilde Parken auf KBM-Gelände entstünde durch den Mangel an Parkplätzen.

(TECHNIKPANNE)

Es folgt eine allgemeine Diskussion über Veränderungen durch die Bautätigkeit auf dem Neuen Hulsberg (NHV) -Gelände und geändertes Mobilitätsverhalten.

Frau Kozlowski plädiert für improvisierte Lösungen in Bezug auf die Beleuchtung des NHV-Geländes und fordert einen regelmäßigen Austausch über den weiteren Fortgang bei der Lösung dieses Problems.

Herr Eilers freut sich, dass es viel Bewegung gegeben habe beim Mobilitätskonzept und bedankt sich bei Herrn Vinke.

Herr Vinke erklärt abschließend, dass man sich in einem regelmäßigen Austausch mit Frau Hartung befinde.

TOP 3: Sicherstellung des 2. Rettungsweges für die Feuerwehr – Zielkonflikt mit der Innenentwicklung

Thema ist die Problematik der Feuerrettung aus alten Gebäuden an Straßen mit Hochspannungsleitungen der bsag wie z.B. in der Hamburger Straße. Aufmerksam wurde der Beirat auf dieses Problem durch einen Bürgerantrag von Herrn Cai Kaiser aus der Hamburger Straße. Er berichtet, er habe seinen Dachboden ausbauen wollen. Da bei Neu- und Ausbauten kein Bestandsschutz bestehe, sei auch für Privatleute hierfür die Herstellung eines zweiten Rettungsweges erforderlich, was sehr kostenaufwendig sei. Im Falle einer Anleiterung von außen durch die Feuerwehr seien die Oberleitungen der bsag ein Problem, da die Leitungen die ausfahrbaren Leitern der Feuerwehrgewagen behindern würden. Dafür müsse eine andere, öffentliche Lösung gefunden werden.

Herr Giessmann von der bsag erklärt dazu, dass es ohne weiteres jederzeit, auch nachts und an den Wochenenden, möglich sei, über den Funkwagen von der Leitstelle aus den Strom der Oberleitungen abzustellen.

Herr Eickmann von SKUMS erklärt, dass die Feuerwehr nicht verpflichtet sei, einen zweiten Rettungsweg zu gewährleisten. Das sei die Aufgabe des jeweiligen Eigentümers und hänge auch jeweils von der konkreten Situation ab. Zudem gebe es alternative Lösungen, wie z. B. eine Galerie oder Sicherheitstreppehäuser.

Herr Kaiser erklärt noch einmal, der zweite Rettungsweg durch Anleiterung könne nicht genutzt werden, weil die Oberleitungen unter Strom stünden.

Herr Eilers führt aus, dass es im Kern nicht um Pflichten des Bauherrn gehe. Die Auskunft der bsag, dass Oberleitungen jederzeit zum Anleitern abgeschaltet werden könnten, stehe im Widerspruch zu den Auflagen der Bauordnung.

PROTOKOLL

Frau Skerra von der Stadtplanung ergänzt, auch sie höre zum ersten Mal, dass die bsag den Strom für die Oberleitungen jederzeit abschalten könne.

Auch für Frau Koopmann von der Bauordnung ist diese Auskunft neu. Bisher hieße es, dass es einen größeren zeitlichen Aufwand bedeute und zudem nachts und am Wochenende aufgrund der Personalausstattung der bsag nicht garantiert werden könne. Wichtig sei aber auch die Information, dass die Fahrzeuge Abstand halten müssten und die Oberleitungen schon aus mechanischen Gründen nicht gekappt werden könnten.

Herr Giessmann bestätigt, dass Oberleitungen, unabhängig davon, ob sie Strom führen würden, nicht ohne Weiteres gekappt werden könnten, da sie unter Spannung stünden.

Herr Lammers von der Architektenkammer weist darauf hin, dass auch die Straßenprofile mit hohen Bäumen zwischen Straßen und Häusern ein Problem bei der Anleierung darstellen würden. Er fordert einen Gesprächskreis mit allen Betroffenen.

Frau Koopmann erläutert, dass jedes Bauvorhaben individuell geprüft werden müsse und die Feuerwehr auch immer Erprobungsfahrten anbiete. Die Parkstreifen und Bäume stellten tatsächlich ein zusätzliches Problem dar.

Ein Bürger berichtet dazu, dass für sein Bauvorhaben in der Parkallee bereits das Brandschutzkonzept genehmigt gewesen sei, dann aber das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) Einspruch eingelegt habe, mit dem Argument, dass die Feuerwehr nicht auf Nebenanlagen fahren dürfe und zudem die Bürgersteige nicht für 40 t ausgelegt seien.

Herr Lammers erklärt daraufhin, die Verweigerungshaltung beim ASV sei symptomatisch für die aktuelle Gesprächskultur. Hier müsse dringend Klarheit geschaffen werden.

Herr Eickmann sagt zu, man werde sich dazu mit dem ASV austauschen und eine Klärung herbeiführen. Er betont, dass alle Schäden im Rahmen eines Einsatzes bzw. eines Katastrophenfalls durch die Gebäudeversicherung abgedeckt seien.

Herr Eilers fasst zusammen, es werde deutlich, dass hier noch Bedarf an Austausch bestehe. Die Rettungssicherheit könne nicht Privatsache sein, sondern es handle sich um eine Infrastrukturaufgabe. Er regt an, einem Gesprächskreis mit bsag, Bauordnung, Feuerwehr, Architektenkammer einzurichten.

Herr Eickmann erklärt abschließend, dass es keine Pauschallösung für alle Fälle geben könne. Jeder Fall müsse individuell betrachtet werden. Es könnten nur gesetzeskonforme und vertretbare Genehmigungen erteilt werden. Vom Ergebnis der Gespräche werde dem Beirat berichtet.

TOP 4: Fragen / Wünsche / Anregungen

- Eine Anwohnerin aus der Mecklenburger Straße kritisiert die Situation im Steintor hinsichtlich der Poser und der Probleme, die das Party-Volk in Seitenstraßen hinterlassen würde, wie z. B. Müll, Dreck und leere Flaschen. Sie bittet den Beirat, sich des Problems anzunehmen.

Frau Hartung erklärt dazu, dass selbstverständlich auch der Schutz der Nebenstraßen auf der Agenda stünden.

Herr Kadach weist eindrücklich darauf hin, dass die Partysituation im Viertel eine Bedrohungssituation sei, die einen Verlust an Lebensqualität mit sich bringe. Dies müsse dringend in den Ressorts bearbeitet werden.

Herr Eilers meint, dass die nun ergriffenen Maßnahmen, u. a. auch die temporäre Sperrung der Sielwall-Kreuzung gegen die so genannten Poser, erst einmal etwas Zeit bräuchten, um zu greifen. Die Situation in den Nebenstraßen würden auf jeden Fall weiter beobachtet werden.

Herr Schafheitlin-Derstadt aus dem Beirat von der Wählergemeinschaft LebenImViertel weist darauf hin, dass die Einbahnstraßenregelung im Rahmen des Verkehrsversuchs Humboldtstraße zusätzliche Probleme bereiten werde. Sie erfordere personalintensive Kontrollen. Zudem bedürfe es eines Alkoholverbotes schon weit vor 01:00 Uhr.

Frau Kozłowski weist auf die Maßnahmen hin, die Ortsamt und Beirat im Rahmen der „Respekt-Kampagne“ angestoßen hätten. Man müsse überlegen, ob die Maßnahmen über die Sielwall-Kreuzung hinaus ggf. auszuweiten seien. Man müsse auf jeden Fall weiter im Austausch bleiben. Zusätzlich zu den bisherigen Maßnahmen schlägt sie eine aufsuchende Betreuung durch Streetworker vor.

PROTOKOLL

Frau Hartung wird sich an Inneres wenden und darauf dringen, den Schutz der Nebenstraßen durch Polizei und Ordnungsdienst in den Fokus zu nehmen.

Frau Werwath vom Beirat ergänzt, dass auch Kneipiers und Gastronomen helfen würden. Zunächst sei abzuwarten, wie die Einzelmaßnahmen wirkten. Auch die Schließung von Veranstaltungsorten habe Auswirkungen auf das Geschehen.

Helmut Kersting vom Beirat erklärt, es gebe ein großes Kulturangebot für ein bürgerliches Klientel, junge Menschen jedoch habe man vergessen.

Eine Bürgerin dringt auf die personelle Verstärkung der Polizei. Das so genannte Party-Volk sei nicht aus dem Viertel.

Ein Anwohner berichtet von einer Verlagerungsproblematik. Die temporäre Sperrung der Sielwall-Kreuzung bringe eine Verschlechterung für den Sielwall insgesamt mit sich. Er erklärt, dass die „Spezialeinheit Poser“ [Anm.: der Polizei] personell verstärkt werden müsse. Zudem müssten Fahrzeuge aus dem Verkehr gezogen werden.

Frau Kozłowski schlägt vor, den neuen Revierleiter des Steintors, Herrn Freymark einzuladen und informiert, dass die KoP-Stellen im Viertel wiederbesetzt würden. Zudem weist sie auf weitere Aktionen der Anwohnerschaft hin. Sie betont, dass die Einführung von stadtweitem Tempo 30 sich überall günstig erweisen würde.

Frau Hartung erklärt, es seien Geschwindigkeitsmessungen am Sielwall geplant.

- Ein Bürger stellt einen Bürgerantrag auf Einrichtung eines Bürgerbüros mit dem Ziel der Gestaltung der Zukunft des Viertels sowie als Anlaufstelle für die hier wohnenden Menschen. So würde auch die Verantwortung auf mehrere Schultern verteilt. Helmut Kersting erklärt dazu, dies sei ein Thema für den Fachausschuss Soziales und Kultur und bittet darum, den Vorschlag schriftlich beim Ortsamt einzureichen.

TOP 5: Verschiedenes

a) Verkauf eines Grundstücks durch die GEG an die „Baugruppe KARL – Solidarisch Bauen und Wohnen“

Herr Kommer von der GEG erläutert:

Der Kaufvertrag werde jetzt unterschrieben und die Bodenplatte noch in diesem Jahr gelegt. Anschließend würde der Beirat zur Besichtigung auf das Gelände eingeladen. Zu den Fakten:

- Die Grundstücksgröße betrage 1700 m².
 - Geplant sei der Bau eines Mehrparteienhaus mit 29 Wohneinheiten, davon vier sozial gefördert
 - Im EG plane man eine Stadtteil-KiTa, einen Mehrzweckraum und zudem gastronomische Betriebe, ebenfalls geplant sei eine inklusive Wohngemeinschaft
 - Es handele sich um ein barrierefreies Haus
 - Vorgesehen sei ein Gründach, ein Innenhof und *Urban Gardening*
- Alles in allem solle es ein offenes Haus der Gastlichkeit werden.

Abstimmung:

Dem Verkauf wird einstimmig zugestimmt bei einer Enthaltung.

Frau Kozłowski stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der nächsten Tagesordnungspunkte aufgrund der späten Stunde.

Abstimmung:

Der Antrag wird abgelehnt bei 9 Stimmen dagegen, 4 Stimmen dafür und 1 Enthaltung.

b) Beschlussantrag auf Erweiterung der Sonderlinie 11 (ÖLF) in das Viertel

Abstimmung:

Der Beschluss wird einstimmig angenommen.

c) Beschlussantrag zur Trennung von Fuß- und Radweg auf dem Osterdeich:

Abstimmung:

Der Beschlussantrag wird abgelehnt bei 8 Stimmen dagegen und 4 Stimmen dafür.

PROTOKOLL

d) Wechsel in den Fachausschüssen

- Fachausschuss für Bildung Kinder und Jugend:
Frau Astrid Schulz (Die Linke) verlässt den Ausschuss, Frau Elsa Laue (Die Linke) folgt nach
→ einstimmig angenommen
- Fachausschuss für Mobilität und Klima
Herr Peter Kadach (CDU) verlässt den Ausschuss, Herr Klaus-Peter Jonitz (CDU) folgt nach
→ einstimmig angenommen

Sitzung beendet um 22:20 Uhr.

Vorsitz
Hellena Harttung

Sprecher Beirat ÖV
Steffen Eilers

Protokoll
Manuela Jagemann, Mjggan Metin

PROTOKOLL

Beschluss der Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt

vom 06. bzw. 13. Juli 2021

zur

Erweiterung der Sonderlinie 11 („ÖLF“) in das Viertel durch Anbindung der Linien 2 und 3

Die Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt setzen sich seit langem ein für eine kostenfreie ÖPNV-Verbindung zwischen der Innenstadt und dem Viertel ein.

Der Beiräte begrüßen ausdrücklich die kostenfreie Ringbahn 11 („ÖLF“), die seit einiger Zeit an Samstagen die Innenstadt kostenfrei mit dem Bahnhof und Bürgerweide verbindet. In diesem Zusammenhang wurde von Ortsamt und Beirat der Vorschlag gemacht, jede zweite Bahn der „ÖLF“ über das Viertel laufen zu lassen. Diese Idee ist leider nicht aufgenommen und umgesetzt worden.

Die Verbindung zwischen diesen beiden Teilen der Stadt ist stark verbesserungswürdig, sowohl städtebaulich wie auch infrastrukturell. In allen Konzepten, die zur Innenstadt gedacht werden, geht es immer auch um die erforderlichen und guten Anbindungen an die Nachbarstadtteile – in allen Richtungen.

Die erleichterte Anbindung mit kostenfreien öffentlichen Verkehrsmitteln würde für beide Teile der Stadt einen Gewinn darstellen, indem Kund*innen sich einfacher und ohne große Hemmnisse zwischen Viertel und Innenstadt bewegen können – und in beiden Teilen konsumieren könnten: Ein Kaffee im Viertel kombiniert mit einem Besuch der innerstädtischen Kaufhäuser, oder ein Besuch der Böttchergasse mit Kaffee auf dem Marktplatz und anschließendem Bummel im kleinteiligen Viertel.

Nicht ohne Grund wird das Viertel mit seiner stadtzentralen Funktion als Teil der erweiterten Innenstadt (s. Innenstadtkonzept 2025) bezeichnet.

Beschluss:

Die Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt fordern:

die Linien 2 und 3 zwischen Domsheide und St. Jürgen-Str. kostenfrei fahren zu lassen, zumindest zu den Zeiten, in denen auch die „Ölf“ unterwegs ist.

Der Beschluss wurde von beiden Beiräten einstimmig gefasst.

Bremen, 06. bzw. 13. Juli 2021

Die Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt